

# Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Redaktion: W. H. Köhling in Düsseldorf,  
Corneliusstr. 66. Berichte, keine Beiträge u. sind  
am besten an den betr. Bezirksvorstand einzuliefern.  
Sämtliche Beiträge müssen bis Montag abends bei  
der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Organ des Zentralverbandes  
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden  
Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post  
bezogen 3.— Mk. Expedition und Druck  
308, van Allen in Krefeld, Luth. Kirchstr. 65.  
1323/2323 Fernsprech-Nr. 1368. ~~REDAKTION~~

Nr. 23. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 8. Juni 1907. Fernsprech-Nummer 4423. 9. Jahrgang.

## Inlimes aus Arbeitgeberverbänden.

Von den auch im Biede gemachten „Lauten Äußerungen“ des Monats Mai war in diesem Jahre während des Wonnemonats zeitweilig sehr wenig zu hören. Im Gegenteil! Die Blicke der Welt wendeten sich auf die Verhandlungen der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände vom 4. Dezember 1906 zu verdanken; die 68 Seiten umfassende Broschüre kam uns auf den Redaktionstisch gestiegen, trotzdem dieselbe den ausdrücklichen Vermerk trägt: „Die Berichte sind nur für die Mitglieder der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände bestimmt.“ Aus dem von dem bekannten Generalsekretär Buel erstatteten Geschäftsbericht interessiert uns zunächst, daß der „Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände“ angehörend: 23 Hauptverbände, 76 Unterverbände, einschließlich der Ortsgruppen, vier Kartellverbände und eine Gruppe der Einzelmitglieder, also 104 Organisationen. Im Jahre 1906 sind vier Hauptverbände beigetreten; bedeutende Vereine sind nach dem Bericht in der Bildung begriffen. Als Beispiel führt Herr Buel an den Verein der Papierindustriellen in Verbindung mit dem Verein der Cellulosefabrikanten, „die den bestimmten Entschluß gefaßt haben, unter jeden Umständen einen Arbeitgeber-Verband zu bilden und sich der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände anzuschließen.“ Nachdem sich der Bericht über den derzeitigen Stand der Beziehungen auf Einführung der Streiktafel in der Textilindustrie verbreitet hat (ist inzwischen eingeführt. D. R.), wird die agitatorische und informatorische Tätigkeit der Hauptstelle eingehend gewürdigt. „Wir sind auch zugezogen worden zu den Verhandlungen, die über im Gange befindliche Streiks stattfanden. Es ist das im Laufe des Jahres geschehen, die in Magdeburg, in Sachsen, in Halle und in Hagen stattgefunden haben“ heißt es im Bericht. Gewaltig imponiert haben dem Herrn Buel die Textilindustriellen in Sachsen-Thüringen, weil „die Niederlegung des Angriffs der Organisationen als vorbildlich für die ganze Industrie betrachtet werden könne.“

Dieselbe Lob erhält dann die Metallindustrie in Süddeutschland. Eine schlechte Jenjur erhalten dagegen die Fabrikanten in Wülhausen i. E. S. Diesbezüglich führte Herr Buel aus:

„Über einen dieser Streiks habe ich mit erlaubt, Ihnen schon in der letzten Ausschüttung zu berichten. Das ist der Streik, der von den Textilarbeitern in Wülhausen angefangen worden ist und der dort vollständig von den Arbeitgebern verloren wurde, weil die geplante Ausperrung nicht genügend vorbereitet war und nicht genügend durchgeführt worden ist. Meine Herren, es ist dann in Wülhausen, nachdem die Verhältnisse damals geregelt waren, ein zweiter Streik inszeniert worden. Es waren erst von dem Führer der christlichen Textilarbeiter Buchmann Forderungen gestellt, die von den Arbeitgebern nicht beachtet wurden. Durch ein Schreiben der Ortsverwaltung Wülhausen des Zentralverbandes der deutschen Textilarbeiter vom 25. August wurden neue Forderungen gestellt, die bis zum 10. September beantwortet werden sollten. Es wurde nun die bekannte Taktik wieder verfolgt, daß einzelne Kategorien der Arbeiter in einzelnen Fabriken zum Aussteigen bereitgehalten wurden, und so kam es zu einem verhältnismäßig größeren Aussteigen, der sich auf die Kammergarnspinnereien erstreckte. Aber durch ernste Kämpfe wurde doch dieses Mal der Angriff der Arbeiter vollständig abgelenkt. Sie haben nichts erreicht. Bedauerlich ist es freilich, daß eine größere Fabrik, die Fabrik von Frey u. Co. aus dem Arbeitgeberverbande ausgetreten ist und einen wirklichen Tarifvertrag mit den Arbeitern abgeschlossen hat. Es ist ja das ganze Streben der Arbeiter jetzt darauf gerichtet, Tarifverträge abzuschließen.“

Nach mehr als einer Seite hin interessant sind noch die folgenden Ausführungen des Herrn Buel, welche den Generalsekretär des Schafmacherverbandes auch als unerbittlichen Gegner der Tarifverträge kennzeichnen:

„Über die Taktik der Arbeiter, meine Herren, wie sie jetzt befolgt wird, wird Ihnen der Vorleser der Hauptstelle, Herr Dr. Länger, noch nähere Mitteilungen machen. Ich will hier nur aus der Zeilage zum „Textilarbeiter“, der Zeitung des Textilarbeiterverbandes, etwas mitteilen. Der bringt einen Artikel über Tarifverträge und sagt da:

„Wenn die Kollegen in Zukunft anstatt bis zum Weißbluten zu kämpfen, lieber die Taktik der fortgesetzten Beharrlichkeit gegenüber dem koalitierten Unternehmertum zur Anwendung bringen, dann werden sich gar bald bedeutend mehr Unternehmer bereit finden, solche Verträge abzuschließen. Je stärker der Verband wird, je häufiger er dem einen oder dem andern Unternehmer seine Macht wohl fühlen lassen können, ihm seine Kalkulationen durchkreuzen und ihn hindern wird, irgend welche Dispositionen zu treffen, um so eher werden diese Unternehmer einwilligen, solche Waffenstillstände mit den Arbeitern abzuschließen, wie sie in den Tarifverträgen abgeschlossen werden.“

„Nun, meine Herren, will ich hier weiter keinen Vortrag über Tarifverträge halten, aber das eine wird Ihnen als Merkmal für Ihre Verhalten solchen Anordnungen gegenüber dienen: Wenn Sie einen solchen Tarifvertrag abschließen, sind Sie unweigerlich daran gebunden. Sie können nicht davon zurück, während jeder Arbeiter sich jeden Tag von diesen Verträgen lösen kann. Darin liegt schon das Unnütze solcher Verträge, und wobei die Tarifverträge fassen, habe ich mir erlaubt, Ihnen, so gut es in der verhältnismäßig kurzen Zeit ging, an dem Beispiel des Tarifvertrags der Buchdrucker darzutun.“

Da zeigt sich der Schafmacher, wie er im Buche steht. Kein Verhandeln, keine Verständigung mit den

Arbeitern. Bruta! Niederbittlung der Arbeiterorganisation ist das einzige Rezept, nach dem Herr Buel die sozialen Schäden unserer Zeit zu heilen gedenkt. Die Wirksamkeit seiner Gewalttaten müssen ihm aber selbst noch sehr zweifelhaft erscheinen, denn er muß (Seite 13) gestehen:

„Meine Herren, diese Verhältnisse geben uns einen Ausblick für die Zukunft, selbst in bezug auf die Interessen, die wir zu vertreten haben, und dieser Ausblick ist außerordentlich dunkel.“

Wohl durch seine praktischen Erfahrungen auf dem Gebiete der Ausperrungen warnt vor übereilter Anwendung derselben Herr Geheimrat Kommerzienrat Schlumberger-Wülhausen i. E. S.:

„Meine Herren! Aus dem interessanten Bericht des Herrn Generalsekretärs Buel haben Sie vernommen, wie im vorigen Jahre in der Textilindustrie von Sachsen-Thüringen die Ausperrung glänzend gelungen ist. Dagegen haben Sie auch wieder hören müssen, wie viel weniger günstig die Ausperrung in Wülhausen ausgefallen ist. Dies gibt mir den Anlaß, die Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände zu ersuchen, daß im Falle der Ausperrung eine Belehrung erfolgt möge: wenn die Vorbereitungen für eine Ausperrung erfüllt sind, daß die Durchführung der Sache auch unerlässlich ist; denn wenn nicht gemeinsam vorgegangen wird, so befehrt man, statt das Ziel zu erreichen, nur die Geschäfte der Sozialdemokratie. Vorläufig suchen die Gewerkschaften, sei es die eine oder die andere, nichts anderes als sich Anhänger zu verschaffen, und in diesem Falle ist die Anwendung des Mittels der Ausperrung ganz ungeeignet. Die Ausperrung, richtig angewandt, ist ein ganz vorzügliches Mittel, aber sie ist auch ein sehr gefährliches Mittel. Nehmen Sie nur den Fall an, daß nur eine Anzahl von Arbeitern streiken, und man trotzdem gezwungen ist, die anderen auszusperrern, weil jener Teil nötig ist, den Betrieb am Laufen zu erhalten. Wenn dann aus Solidaritätsgefühl andere Fabriken auch aussperrern, also Leute, die zufrieden sind, die arbeiten wollen, so begehren Sie damit eine Grausamkeit, wenn man es so bezeichnen darf, und zwingen auf die Dauer die Arbeiter, in die Gewerkschaft hineinzugehen. Das ist bei uns im E. S. geschehen. Es gab Fabriken, wo die Arbeiter erklärten, wir wollen arbeiten, ihr wollt uns nicht arbeiten lassen, dann haben wir doch keine andere Wahl mehr, wir gehen zu den Sozialdemokraten. Wir müssen es, wir müssen unsern Unterhalt verdienen. Deshalb ist es sehr gefährlich, auszusperrern, ohne zu wissen, daß die Ausperrung zum Ziele führt, oder ohne wenigstens die Bedingungen erfüllt zu haben, die daraus hervorgehen könnten; denn eine verfehlte Ausperrung ist viel gefährlicher als irgend ein verlorener Streik. Deshalb halte ich es für richtig, wenn die Hauptstelle der Arbeitgeberverbände den ihr angehörenden Vereinigungen raten würde, keine Ausperrung vorzunehmen, wenn nicht von vornherein durch gemeinschaftliches Vorgehen sicher anzunehmen ist, daß sie zum Ziele führt. Sonst machen die Arbeitgeber, wie im Falle von Wülhausen, nur die Geschäfte der Sozialdemokraten.“

Wir sind überzeugt, daß die Herren Fabrikanten noch manche trübe Erfahrung mit ihrer Ausperrungstaktik machen werden. Dabei wollen wir ganz davon absehen, daß ihnen, wie das von Herrn Schlumberger genannt wurde, die Begehung einer Grausamkeit auch nur in etwa zum Bewußtsein käme.

Ihren schafmachrischen Stempel erhält die Tagung der „Hauptstelle“ wohl auch dadurch, daß der bekannte Schafmacher Dr. Tille-Saarbrücken, als einer der Hauptvortragenden auftritt. Aus seinen Ausführungen erfahren wir, daß die „Hauptstelle Deutscher Arbeitgeber“ mit schwarzen Listen arbeitet. Diesbezüglich führte Dr. Tille folgendes aus:

„Dann ist eine Frage nicht angehten worden, die ich aber, weil sie für Sie alle von praktischer Bedeutung ist, doch einmal besprechen möchte. Das betrifft nämlich die sogenannten Ausperrungslisten. Es ist wiederholt vorgekommen, daß wir von der Hauptstelle Listen bekommen haben von Arbeitern, die irgendwo streiken, mit der Bitte, diese Listen in unserm Kreise zu verbreiten und derartige Arbeiter nicht einzustellen. Das ist ein Verfahren, das zweifellos möglich ist, auch zweifellos nützlich wirken kann. Die praktische Behandlung der Sache ist nur außerordentlich schwierig. In jedem Bezirk wird es sich ganz von selbst heraus entwickeln, daß z. B. gewisse sozialdemokratische Agitatoren, die sich hervorgetan haben, von keiner der beteiligten Firmen wiederangewonnen werden. Als Sozialdemokraten betrachtet Dr. Tille jeden Arbeiter, der nicht auf sein Koalitionsrecht verzichtet wird. D. R. d. „Textilarbeiter-Zeitung.“ Das liegt im Interesse der Selbsthaltung und des Friedens (!) in jedem Gemeinwesen, und dieses Vorgehen wird auch in Zukunft wahrscheinlich an sehr vielen Stellen geübt werden. Mit diesem Verfahren treffen nun die örtlichen Ausperrungslisten von anderen Orten zusammen und sie stellen an die Tätigkeit der einzelnen Lohnbüros und der einzelnen Annahmebureaus der Werke ganz außerordentliche Anforderungen. (Wenn den Herren die „Arbeit“ über den Kopf wächst, so empfindet sich wohl die Anstellung besonderer Kontrolleure zu diesem edlen Zwecke. D. R.) Unser Vorstand hat infolgedessen beschlossen, das Verfahren vollständig zu vereinfachen und die betreffenden Listen

gar nicht mehr auszugeben, sondern diesen Werken nur anzuzeigen, aus dem betreffenden Bezirk überhaupt keine Arbeiter anzunehmen bis zu einem bestimmten Widerrufstermin, und das hat in der Praxis ausgezeichnet gearbeitet. Wir teilen den Werken mit: Auf dem und dem Werke ist ein Streik, Arbeiter aus der Gegend sind betroffen; wenn Arbeiter aus der Ferne sich melden, bitten wir festzustellen, ob sie vielleicht daher kommen. Das hat in allen Fällen, die mir bekannt sind, bessere Ergebnisse zeitigt als diese umständlichen Listen von Hunderten von Arbeitern und hat diese Sache jedenfalls außerordentlich vereinfacht. (Herr Dr. Tille spricht über Grenzfragen der Arbeiter, als wenn es sich um Kuffelle handelte. D. R.) Es ist sehr schwer, mit solchen langen Listen von Hunderten in der Praxis bei den Annahmebureaus der einzelnen Werke zu arbeiten. Vielleicht läßt sich das allgemein ein Modus finden, der die Vorteile beider Verfahren in sich vereinigt. Wir möchten daher die Hauptstelle bitten, zu versuchen, ob nicht auch von ihrer Seite ein einfacheres Verfahren möglich ist.“

Dem Verdienste keine Krone! Der Bericht verzeichnet daher auch am Schlusse der Ausführungen Dr. Tilles: (Bravo!) Man sieht, Dr. Tille sucht sich für seine 30 000 Mk. Jahresgehalt wirklich nützlich zu machen. Und dabei „arbeitet“ er ja so verblüffend einfach. Schwarze Listen, i. w. verarbeiteter Kram! Wenn Arbeiter am Niederrhein streiken, werden einfach keine Arbeiter vom Niederrhein mehr eingestellt, streikt man in Bayern, so sind die Bayern für die Zeit des Streiks oder der Ausperrung geschützt usw. Vielleicht wird Herr Dr. Tille seinen Plan noch dahin erweitern, daß während der Zeit, wo in Deutschland an irgend einem Orte streiken, nur noch chinesische Kräfte eingestellt werden.

Uebrigens ist auch der von Dr. Tille empfohlene Vorschlag nur ein Beweis mehr dafür, daß die Herren Schafmacher mit ihrem bisherigen Vorgehen nur höchst unbedeutende Resultate erzielt haben. Auch macht sich in den Kreisen der Arbeitgeber bereits eine Ausperrungsmüdigkeit bemerkbar. Solche Erfahrungen, wie sie Herr Kommerzienrat Schlumberger in Wülhausen gesammelt hat, tragen sicherlich nicht dazu bei, die Sympathie für Ausperrungen in Arbeitgeberkreisen zu erhöhen. Und tatsächlich haben sich die bisherigen Ausperrungen als das wirksamste Mittel zur Ausspeicherung der indifferenter Arbeitermassen und zur Stärkung der Arbeiterbewegung erwiesen. Selbst wenn die Arbeitgeber in der nächsten Zeit das Mittel der Ausperrung noch in verstärkterem Maße als bisher zur Anwendung bringen, der Endeffekt wird eine Tarifbewegung sein. Eine Niederbringung der Arbeiterbewegung ist nicht mehr möglich, und da ein ewiger Kriegszustand auch den Arbeitgebern auf die Dauer unerrücklich ist, so wird auch ihnen der Abschluß von Tarifverträgen zum Schutze als die einzige und letzte Möglichkeit zur Sicherung des Wirtschaftslebens und damit auch der Interessen der Arbeitgeber und der Arbeiter erscheinen.

## Das Reichsversicherungsamt im Jahre 1906.

Dem Tätigkeitsbericht des Reichsversicherungsamts wird von Jahr zu Jahr größere Aufmerksamkeit zuteil. Der Bericht bringt einen genauen Überblick über den Stand und die Entwicklung der sozialen Versicherungsgesetzgebung und die Tätigkeit der Ausführungsorgane derselben. Unterziehen wir zunächst die Unfallversicherung einer Besprechung. Versichert waren in 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften mit 637 611 Betrieben 8 195 732 Personen; in 48 land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften mit 4 658 226 Betrieben z. B. 11 890 077 Personen; in 527 Ausführungsbehörden waren 857 709 Versicherte vorhanden. Zur Annahmehaus kamen 645 611 Unfälle; erstmals entfähig wurden 140 270. An Renten und sonstigen Entschädigungen wurden 142 900 086 Mk. gegen 135 437 933 Mk. im Vorjahre ausbezahlt. Die Entschädigten wurden an 1082 670 Personen geleistet; darunter waren 854 680 Verletzte; 73 599 Witwen Getöteter, 103 564 Kinder und Entel Getöteter und 3882 Eltern und Großeltern und sonstige Angehörige der Berufsgläubigen. Die Berufsgenossenschaften erließen 406 097 berufungsfähige Bescheide; 215 694 entfielen hiervon auf gewerbliche Berufsgenossenschaften; 171 188 = 42,1% aller Bescheide betrafen eine anderweitige Rentenfestsetzung. Ueber die Betriebsgefährlichkeit und die Maßnahmen zur Unfallverhütung sollen, soweit die gewerbliche Unfallversicherung in Betracht kommt, im Jahre 1907 eingehende statistische Erhebungen vorgenommen werden. Erreucht sei, daß es gelungen ist, auch die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zur Herausgabe von Unfallverhütungsvorschriften zu bewegen. Der Entwurf dürfte bald veröffentlicht und den Interessenten zugestellt werden.

Wenden wir uns nun der Unfallrechtsprechung zu. Die Zahl der in Unfallsachen bei den Schiedsgerichten anhängig gemachten Streitfälle betrug 87 702; davon waren 70 542 Berufungen und 17 160 Anträge auf anderweitige Festsetzung der Renten. Die Berufungen haben gegenüber dem Vorjahre um 2,6%, die Zahl der Anträge dagegen um 25,7% zugenommen. 59 014 Berufungen betrafen Bescheide, durch welche eine Rente abgelehnt oder verfürzt worden war oder nicht erhöht wurde. Bemerkenswert ist, daß sich das Reichsversicherungsamt den Urteilen der Schiedsgerichte über die Zunahme der Berufungen anschließt. Diese seien bedingt durch die

Vermehrung der versicherten Betriebe und Personen, der fortwährenden Erkenntnis der Versicherungsgehalte, der Kostenlosigkeit des Verfahrens und der Tätigkeit der Arbeitersekretariate und Volksbüros. Das Reichsversicherungsamt spricht — ähnlich wie die Berufsgenossenschaften — „vom wachsenden Bestreben der Versicherten, sich eine Rente zu verschaffen“. Wir würden es lebhaft bedauern, wenn diese Anschauung weiter an Boden gewinnen würde; die Ursachen um den Kampf einer Unfallrente liegen wohl etwas tiefer. Vor allem andere man das Unfallversicherungsgesetz dahin ab, daß schon bei der Rentenfestsetzung durch die Berufsgenossenschaften Arbeiter zugezogen werden, dann dürften die Berufungen nicht zu, sondern abnehmen, weil eben die Bescheide anders ausfallen werden. Beim Reichsversicherungsamt wurden 19 634 Rekurse anhängig gemacht gegen 17 422 im Vorjahre. In 1191 Sitzungen erledigte das Reichsversicherungsamt 18 628 Fälle, somit durchschnittlich 16 in einer Sitzung. Wer nun weiß, welcher Pack Alt in einer Rekursache durchzugehen ist, wird mit uns der Ansicht sein, daß die einzelnen Fälle so nicht mit der nötigen Sorgfalt behandelt werden können. Im Rekursverfahren hatten die Versicherten nur in 19,6% aller Fälle einen ganzen oder teilweisen Erfolg; dagegen erzielten die Berufsgenossenschaften in 52,4% aller von ihnen anhängig gemachten Rekursen einen Erfolg. Dabei ist allerdings zu bemerken, daß die Versicherten in 3 mal mehr Fällen ihr Heil im Rekurs suchen, wie die Genossenschaften. Die Aussicht, beim Reichsversicherungsamt eine Milderung des schiedsgerichtlichen Erkenntnisses herbeizuführen, wird von Jahr zu Jahr geringer. Im Jahre 1903 wurden 30,5%; 1904: 29,1%; 1905: 28,2%; und 1906: 26,6% aller Schiedsgerichtsentscheidungen abgeändert. Im Interesse einer einheitlichen Rechtsprechung wäre eine solche Entwidlung nur zu begrüßen, sofern nicht die Gefahr bestände, daß die Rechtsprechung keine den Versicherten ungünstigere wird.

Dem Alkoholgenuss und dem Kampf gegen denselben hat das Reichsversicherungsamt im Berichtsjahr besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Die Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft wird eine Denkschrift über die Abkämpfung des Freibiers in Brauereibetrieben im Einverständnis mit dem Reichsversicherungsamt herausgegeben. Hier gewerbliche und neun landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften sind Unfallverhütungsvorschriften mit Bestimmungen über den Alkoholgenuß genehmigt worden. Die Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften haben nur 26,2% der Betriebe auf Unfallgefahren untersucht! Die Aufsichtsbeamten werden eben noch als Rechnungsbeamte beschäftigt: „Mehr Aufsicht müßte sich doch lohnen.“

Ueber den Stand der Invalidenversicherung geben folgende Zahlen Aufschluß. Die seit 1. Jan. 1891 bis zum 31. Dezember 1906 anerkannten Rentenansprüche betragen 1 919 381; diese verteilen sich wie folgt: Invalidenrenten sind es 1 403 801; Krankenrenten 67 000; Altersrenten 448 580. Es liegt ein prächtiges Sinken der Altersrenten und seit 1903 ein ganz erhebliches Zurückgehen der Invalidenrenten vor. 1891 wurden 132 926 Altersrenten bewilligt. Diese hohe Zahl der Renten erklärt sich dadurch, daß eben viele Leute vorhanden waren, die schon 70 und mehr Jahre alt waren. 1892 wurden 42 128; 1900 19 832 und 1906 nur noch 10 686 Altersrenten bewilligt. Das ist ein ganz natürlicher Entwicklungsprozeß. Anders liegt die Sache bei der Invalidenrente. 1892 wurden 59 192; 1895 86 127; 1900: 152 268; 1902: 164 407 und 1903 174 508 Invalidenrenten bewilligt; 1904 dagegen nur noch 162 477; 1905: 145 431 und endlich 1906 nur noch 134 057. Seitdem hat aber die Zahl der versicherten Personen immer mehr zugenommen. Wie diese Zahlen zeigen, ist die Praxis eine andere geworden. Wir wollen hoffen, daß bald wieder eine Wendung zum Besseren eintritt. Die Gewährung der Renten bei einem Teil der Versicherungsanstalten ist fast um die Hälfte und mehr zurückgegangen. Einige Beispiele. Die Versicherungsanstalt Schlessen gewährte 1903 19 603 Renten; 1906 dagegen nur noch 8304, Brandenburg 1903: 10 005; 1906: 5948; Rheinpreußen 1903: 13 715; 1906: 8350 Invalidenrenten. Das ist ein schreiender Unterschied; wir Süddeutsche kamen dabei noch besser weg.

An Invaliden-, Alters- und Krankenrenten sind im letzten Jahr mit Einschluß des Reichszuschusses 166 Millionen Mark ausgegeben worden. Seit 1891 kamen 1170 Millionen zur Auszahlung als Renten. Die Versicherungsträger hatten von dem Gesamtaufwand (ohne das Jahr 1906) 775 343 709 Mark aufzubringen; der Reichszuschuß beträgt 386 826 214 Mark. Das sind ganz gewaltige Zahlen. Die obengenannten Milliardenzahlen verteilen sich auf die Einzelleistungen wie folgt: Invalidenrenten 668 Millionen, Krankenrenten (erst seit 1900 eingeführt) 11 1/2 Millionen; Altersrenten 356 Millionen; die Erstattungen 60 Millionen, das Heilberfahren 65 1/2 Millionen; auf die Invalidenhauspflege und sonstige Leistungen 3 Millionen Mark, zusammen bekommen wir somit ohne das Jahr 1906 die Summe von 1 162 169 923 Mark. Die Beitragsentnahmen steigern sich im Jahr um rund 7 Millionen Mark und machten im Berichtsjahr 169 Millionen Mark aus. Die Versicherungsanstalten nehmen also noch immer mehr ein als sie ausgeben; es kann daher mit mehr Ruhe wie früher dem Beharrungszustand entgegen gesehen werden. Das Vermögen der Versicherungsanstalten betrug 1316 Millionen gegen 1236 Millionen Mark des Vorjahres. Der größere Teil des Geldes ist für gewöhnliche Zwecke ausgegeben worden.





